

**I 001****DGB Bundesjugendausschuss,  
Edeltraud Glänzer (IG BCE), Dr. Regina Görner  
(IG Metall), Dr. Andreas Keller (GEW), Andrea Kocsis (ver.di)**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses  
Angenommen in geänderter Fassung

## **Neuer Kurs für Bologna DGB-Vorschläge für einen nationalen Aktionsplan**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Elf Jahre nach dem Start des Bologna-Prozesses müssen der DGB und die Gewerkschaften feststellen: Die Studienreform in Deutschland droht zu scheitern. Die guten Ziele dieser Reform werden durch die mangelhafte Umsetzung in Deutschland geradezu konterkariert. Überfrachtete Stundenpläne, teils gestiegene Abbrecherquoten und hohe Hürden auf dem Weg ins Ausland kennzeichnen den Alltag an den deutschen Hochschulen. Die Proteste der Studierenden und des Hochschulpersonals in den Hörsälen und auf den Straßen sind ein deutliches Warnsignal. Deshalb unterstützen der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften den „Bildungsstreik“.

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften wollen einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum. Wir erwarten von diesem Prozess nicht weniger als die Internationalisierung von Forschung, Lehre und Studium, eine bessere grenzüberschreitende Mobilität der Studierenden und des Hochschulpersonals sowie eine höhere Qualität von Studium und Lehre. Wenn der Bologna-Prozess in Deutschland nicht scheitern soll, brauchen wir eine grundlegende Kurskorrektur. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften schlagen deshalb dem Bund, den Ländern und den Hochschulen eine „Reform der Reform“ vor.

Anlässlich des Bologna-Gipfels am 17. Mai 2010 in Berlin müssen Bund, Länder, Hochschulen und Sozialpartner einen nationalen Aktionsplan für den Bologna-Prozess beschließen. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften schlagen hierfür folgende Eckpunkte vor:

### **1. Chancengleichheit ermöglichen**

Noch immer finden Kinder vor allem aus Arbeiterfamilien zu selten den Weg an die Hochschulen. Wir müssen deshalb die soziale Dimension des Bologna-Prozesses stärken. Das BAföG ist das zentrale Instrument, um jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien ein Studium zu ermöglichen. Die BAföG-Fördersatzte müssen deshalb regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst werden. Der Darlehensanteil ist kurzfristig zu senken, mittelfristig abzuschaffen. Der Ausbau der Stipendien kann ein starkes BAföG nicht ersetzen. Im gesamten europäischen Hochschulraum – also auch in allen deutschen Bundesländern – müssen Studiengebühren abgeschafft werden. Der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ist gezielt zu fördern. Dafür müssen die Länder nicht nur ihre Gesetze ändern. Die Hochschulen müssen berufsbegleitende Studiengänge auf- und ausbauen. Im Beruf erworbene Kompetenzen müssen angerechnet werden. Der Hochschulzugang ohne schulische Zugangsberechtigung muss weiter verbessert werden. Die Altersgrenze beim BAföG muss gestrichen werden. Im Ausland erworbene Qualifikationen müssen in einem transparenten verlässlichen Verfahren anerkannt werden.

### **2. Den Zugang zum Master öffnen:**

Noch immer gibt es in fast allen Bundesländern einen äußerst restriktiven Zugang zum Master, so dass nur für rund die Hälfte der Bachelor-Absolventen ein Studienplatz zur Verfügung steht. Die Akzeptanz des Bachelors bei Studierenden, Lehrenden und Betrieben muss noch wachsen – sie kann nicht verordnet werden.

Der DGB und die Gewerkschaften fordern einen gesetzlich festgeschriebenen, uneingeschränkten Zugang vom Bachelor- zum Master-Studium. Dies darf nicht an föderalen Kompetenzstreitigkeiten scheitern.

### **3. Die Hochschulen besser ausstatten:**

Der Bologna-Prozess wird nur erfolgreich sein, wenn die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen beendet wird. Überfüllte Hörsäle und veraltete Labore müssen bald der Vergangenheit angehören. Angesichts steigender Studierendenzahlen brauchen die deutschen Hochschulen bis 2020 mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Bund und Länder müssen deshalb einen Hochschulpakt III auflegen, der vor allem die Qualität der Lehre fördert. Wir brauchen – wie der Wissenschaftsrat festgestellt hat – zur erfolgreichen Umsetzung des Bologna-Prozesses eine um mindestens 15 Prozent erhöhte Lehrkapazität.

### **4. Die Arbeitsbelastung der Studierenden senken:**

Die zeitliche Belastung der Studierenden ist zu hoch. Sie geht meilenweit an der sozialen Realität vorbei. Nach der 19. Sozialerhebung sind mehr als 60 Prozent (Aktualisierungsvorbehalt) der Studierenden auf einen Nebenjob im Studium angewiesen. Die Arbeitsbelastung der Studierenden ist auch im europäischen Vergleich „Spitze“. Kultus- und Wissenschaftsminister, Hochschulen, Akkreditierungsrat sowie Akkreditierungsagenturen müssen Abhilfe schaffen. Unsinnige Anwesenheitspflichten gehören abgeschafft.

**5. Den Bachelor nicht zwingend in sechs Semester pressen:** Nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz darf die Regelstudienzeit in den Bachelor-Studiengängen jetzt sechs bis acht Semester betragen. Noch sind an den deutschen Hochschulen 95 Prozent der Studiengänge auf sechs Semester ausgelegt. Vielerorts werden alte Diplom-Studiengänge in den Turbo-Bachelor gepresst. Studierende werden systematisch durch ein solches Kompakt-Programm überfordert. Nachhaltiges Lernen ist so nicht möglich.

Die Hochschulen müssen deshalb mehr sieben- und achtsemestrige Bachelor-Studiengänge einführen.

### **6. Die Prüfungslast reduzieren:**

Die hohe Prüfungslast hat die Situation der Studierenden weiter verschlechtert. Zehn oder mehr Prüfungen pro Semester sind keine Seltenheit. Statt sinnvolle Module mit geeigneten Prüfungsformen zu konzipieren, lassen die Hochschulen zunehmend Minimodule zu, die mit Klausuren abgeschlossen werden und die Studierenden arbeiten vornehmlich auf diese Klausuren hin. Statt ständiger Prüfungen müssen unsere Hochschulen mehr Freiraum für innovative Lehr- und Lernformen bieten. Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) vom Februar 2010 zur Reduzierung der Prüfungslast sind leider nur Soll-, Kann- und Ausnahmebestimmungen.

### **7. Die Mobilität der Studierenden erleichtern:**

Die mangelhafte Umsetzung des Bologna-Prozesses erschwert die Mobilität der Studierenden – und das auch innerdeutsch. Tausende Lernmodule behindern den Wechsel nicht nur von Berlin nach Brüssel, sondern auch von Braunschweig nach Bremen. Hier muss der Bund die einfache Anerkennung der Studienleistungen festschreiben.

### **8. Den Beschäftigten an den Hochschulen klare Perspektiven bieten:**

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften erwarten von den Hochschulen und den Forschungseinrichtungen schlüssige Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals. Sie müssen die Lage der Wissenschaftler/-innen verbessern und die Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Ebenen der Personalstrukturen tatsächlich durchsetzen. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs muss eine verlässliche Perspektive (Tenure Track) nach Abschluss der Promotion gesichert werden. Fachleute empfehlen zusätzlich 10.000 Stellen. Zur Verbesserung der Mobilität des wissenschaftlichen Personals gehört auch, die Mitnahme von Sozialversicherungsansprüchen (Portabilität) deutlich zu verbessern.

Der Bund darf sich nicht nur auf technokratische Fragen der Studienreform beschränken. Er muss auch stärker Initiativen zur Verbesserung des Studiums ergreifen. Deshalb braucht der Bund im Rahmen des kooperativen Föderalismus auch mehr Gesetzgebungskompetenzen in der Hochschulpolitik.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften kritisieren, dass viele gute Ziele der Bologna-Reformen durch die mangelhafte Umsetzung in Deutschland gefährdet werden. Deshalb unterstützt der DGB die Bildungsstreiks der Studierenden, Schülerinnen und Schüler.

Bund und Länder müssen jetzt einen nationalen Aktionsplan für einen Kurswechsel im Bologna-Prozess vorlegen.

An der "Reform der Reform" sind Hochschulen und Studierende, Arbeitgeber und Gewerkschaften auf Augenhöhe zu beteiligen.